

AG „Siedlungsentwicklung + Wohnen“ Auswertung Fragebogen-Rückläufer

Am 19.07.2021 wurde die Vorgehensweise von Josef Homm, Birgit Wolfart, Reiner Krönke und Harry Euler erörtert und teilweise ausgewertet. Infolge des hohen Analyseaufwands wurde für den 29.07.2021 ein Folgetreffen vereinbart. Die Fragebogen wurden zur Einzelauswertung von Birgit Wolfart, Reiner Krönke und Harry Euler ausgewertet. Beim Vergleich der Auswertungen waren die einzelnen Ergebnisse vergleichbar.

- Insgesamt wurden 468 Fragebögen zurückgesandt, somit deutlich über 10 % der wahlberechtigten Senioren*innen.
- Angaben wurden oft mehrfach gemacht, die Auswertungen gestalteten sich schwierig, da die persönlichen Zielsetzungen der Befragten nicht immer eindeutig erkennbar waren. Vielleicht waren die Fragestellungen für die Teilnehmer auch nicht ausreichend konkret erkennbar.
- So kann die Arbeitsgruppe die Antworten nur als ein Stimmungsbild interpretieren.

Die überwiegende Anzahl der Antworten lassen auf eine wohlsituierte Lebenssituation schließen, da der größte Teil der Befragten im Eigentum wohnt. Hierbei ist zu erkennen, dass die durchschnittliche Größe der Wohnung mit deutlich über 120 qm mit ca. 4 ½ Zimmern angegeben wurden. Nach Angaben der meisten Befragten leben diese in einer Partnerschaft oder alleine.

Gerade die unter 70jährigen können sich nicht vorstellen die Wohnsituation zu verändern oder planen dies auch nicht. Grundsätzlich war feststellbar, dass diese erst bei Eintritt von Unterstützungs- oder Pflegeleistungen durch Dritte eine Änderung erstreben.

Klarere Vorstellungen gibt es, wenn nach einer bevorzugten Wohnsituation im Falle eines Umzuges gefragt wird: Der überwiegende Teil mit Eigentum möchte sich den räumlich durch neues Eigentum verkleinern (ETW). Der kleinere Teil beabsichtigt dann ein Mietverhältnis einzugehen.

Bei den Wohnformen hingegen gibt es klarere Wünsche und auch Mehrfachnennungen. Seniorengerechte Wohnformen werden als Alternativen gewünscht. Am meisten wurde Betreutes Wohnen genannt. Auffallend war auch, dass überwiegend Seniorenresidenz und nicht das Altersheim angekreuzt wurde. Es wird vermutet, dass die Begrifflichkeiten als gleichwertig von den Befragten angesehen wurden.

Wenn es überhaupt die Bereitschaft zu einem Umzug gibt, dann liegt die Vorstellung bei „später“, d.h. die Befragten wollen noch länger als 10 Jahre in der aktuellen Wohnsituation bleiben. Ein großer Teil möchte NIE umziehen, das heißt, Betreuung und Pflege zu Hause. Da stellt sich die Frage: Eignen sich die Wohnsituationen hierfür und was wäre zu tun? Eine nicht unwesentliche Anzahl hat auch barrierefreies Wohnen und gleichzeitig Treppen angekreuzt, aber auch den Einbau von Treppenliften genannt. So bleibt die Barrierefreiheit doch fraglich und der Anteil ist sehr geringfügig.

Altenwohnheime sind nicht gefragt, sondern Seniorenresidenzen und andere Wohnformen, also mit weitergehenden sozialen Kontakten und einer gewisser Selbstständigkeit.

Schwierig erscheint uns hingegen, dass Veränderungswünsche etwa ab Mitte/Ende von 70 Lebensjahren angedacht werden. Die „Baby-Boomer“ suchen dann vielleicht alle zur gleichen Zeit und zwar kurzfristig eine neue Wohnform oder auch Betreuung.

Wenn es keine Angebote für seniorenrechtliche Wohnformen gibt, dann gibt es auch keine Bereitschaft zur Veränderung oder entsprechender vorausschauender Lebensplanungen.

Veränderung und Gedanken zum Lebensabend bereiten Ängste und werden verdrängt. Das ist ganz normal. Was kann hier behutsam getan und gefördert werden? Welchen Austauschformen kann es geben bzw. sind denkbar? Wer könnte sich hieran beteiligen? In der Arbeitsgruppe wurden bereits unterstützende Aktivitäten zu einer Immobilien –Tauschbörse in der Stadt oder andere Wohnformen diskutiert. Die Notwendigkeit frühzeitiger Entscheidungshilfen mit verschiedenen seniorenrechtlichen Wohnformen ist nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Stadt Neu-Anspach, mit den Geschäften und weiteren Angeboten, sehr wichtig.

Die meisten Befragten fühlen sich in Neu-Anspach wohl, sind hier verwurzelt und wollen bleiben. Deshalb kann der Handlungsbedarf auch nicht mehr wegdiskutiert werden. Alle unterschiedlichen Gruppierungen sollten die Stadtverwaltung und die politischen Gremien mit konstruktiven Vorschlägen unterstützen. Gleichzeitig muss auch der politische Wille vorhanden sein, dass ein schnelles Handeln zwingend erforderlich ist, damit die ersten Angebote möglichst schnell realisiert werden, und alle Senioren*innen und ihre Angehörigen zu Recht sagen können „Neu-Anspach ist und bleibt unsere lebenswerte Stadt“.

Kurze Zusammenfassung:

- Die Umfrage ist repräsentativ.
- Es ergibt sich ein fundiertes Stimmungsbild.
- Junge Familien benötigen mehr Wohnraum, ältere benötigen weniger Wohnraum, je nach Lebensphase. Wenn entsprechende Angebote vorhanden und diese koordiniert werden, dann sind eine nicht unwesentliche Zahl von Win-Win-Situationen vorstellbar. Dies wäre dann auch zur Reduzierung der Bauflächen ein nicht unwesentlicher Faktor.
- Die Auswertungen bestätigt die erforderlichen Aktivitäten für den Wohnbereich Neu-Anspach.
- Der Mangel an verschiedenen Wohnformen für ein seniorenrechtliches Wohnen sollte schnell kommunalpolitisch mit deutlichen Mehrheiten beseitigt werden.
- Es werden weiterhin Baugebiete benötigt.
- Viele Menschen wünschen sich auch ein Ringbussystem mit gut erreichbaren Haltebereichen.
- Auch preisgünstige Taxifahrten wurden von einem größeren Teil der Befragten gewünscht.